

Nationale und internationale Herausforderungen annehmen

Bundeskanzler Helmut Kohl
zum Jahreswirtschaftsbericht 1988

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geht in ihr sechstes Jahr: Nach übereinstimmender Auffassung der Experten sprechen die vorliegenden Daten dafür, daß sich das Wirtschaftswachstum 1988 fortsetzen wird. Diese Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, ferner die wirtschaftspolitischen Leitlinien sowie die konkreten Vorhaben in diesem Jahr — all das erläutert der Jahreswirtschaftsbericht 1988, den die Bundesregierung am 28. Januar verabschiedet hat.

1. 1987 war kein leichtes Jahr. Der Kursverfall des amerikanischen Dollars — seine Abwertung gegenüber der DM belief sich allein im Jahresverlauf 1987 auf immerhin rd. 20 Prozent — hat erhebliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich gebracht. Wenn man dies in Rechnung stellt, dann sind die erreichten Ergebnisse — angesichts der starken deutschen Abhängigkeit vom Außenhandel — dennoch beachtlich:

■ **Das Bruttosozialprodukt** — Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung — nahm 1987 um +1,7 Prozent zu. Daß dies nicht selbstverständlich war, ist daran abzulesen, daß zwei führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute noch im letzten Sommer lediglich ein Wachstum von ein Prozent bzw. gut ein Prozent für erreichbar hielten.

■ **Die Verbraucherpreise** haben sich mit +0,2 Prozent nur minimal erhöht. Wir befinden uns derzeit in Sachen Preisstabilität in einer der stabilsten Perioden, die die Bundesrepublik Deutschland bisher erlebt hat. Ähnlich Positives gilt für das anhaltend niedrige Zinsniveau.

■ **Günstig** haben sich auch die **Realeinkommen** breiter Bevölkerungsschichten entwickelt, die in den letzten beiden Jahren um rd. 100 Mrd. DM zugenommen haben. Einen ähnlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen bei gleichzeitig stabilen Verbraucherpreisen hat es hierzulande bisher noch nicht gegeben.

■ Auch der **Beschäftigungsanstieg** hat sich — wenn auch mit vermindertem Tempo — weiter fortgesetzt. Seit dem Tiefpunkt im Herbst 1983 haben fast 700 000 Menschen zusätzlich Arbeit gefunden.

■ Nicht vorangekommen ist der **Abbau der Arbeitslosigkeit**. Die 1987 geschaffenen zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten reichten nicht aus, um die weiter wachsende Nachfrage nach Arbeitsplätzen — vor allem auch im Gefolge des stärkeren Wunsches vieler Frauen nach einer Berufstätigkeit — zu decken.

■ Gelungen ist es allerdings, erstmals seit 1981 wieder einen globalen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem **Lehrstellenmarkt** zu erreichen und die **Jugendarbeitslosigkeit** weiter zurückzudrängen. Sie liegt gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland nur halb so hoch wie im Durchschnitt der westlichen Industrieländer.

2. Die insgesamt solide Ausgangssituation für 1988 hat auch durch die Turbulenzen der letzten Monate an den Aktien- und Devisenmärkten nichts von ihrem Wert verloren. Im Gegenteil: Wenn die überwiegende Zahl der Unternehmen ihre gegenwärtige Lage alles in allem positiv beurteilt — und dies bestätigen entsprechende Umfragen —, dann unterstreicht dies, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland auf einem tragfähigen Fundament steht.

Dies bedeutet nicht, daß die Bundesregierung die Risiken verkennt, die sich insbesondere für unsere exportorientierten Unternehmen mit der Abwertung des Dollars verbinden. Aber gerade angesichts dieser Risiken kommt es weniger darauf an, in einen Wettbewerb der Krisen-Spekulationen einzutreten, als vielmehr diejenigen Tatsachen im Auge zu behalten, die die Konjunktur unverändert stützen und für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung sprechen:

● **Produktion und Aufträge in der Industrie lagen zuletzt deutlich über dem Stand des Vorjahres.**

● **Gerade die Aufträge aus dem Ausland haben seit dem Frühjahr 1987 spürbar zugenommen — sicher auch ein Zeichen für die gute Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten.**

● **Niedrige Zinsen und hohe Preisstabilität, weiter steigende Reallöhne und die gute Ertragslage der Unternehmen — dies alles sorgt nach wie vor für ein günstiges Klima für Investoren und Verbraucher.**

● **Die Einzelhandelsumsätze lagen zuletzt real um mehr als fünf Prozent über dem Vorjahresergebnis; die Dynamik des privaten Verbrauchs ist unverändert stark.**

● **Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen hat sich 1987 verstärkt fortgesetzt.**

3. Gestützt wird die Konjunktur auch durch die expansive Gestaltung der deutschen Geld- und Finanzpolitik:

— Die Geldmengenpolitik ist alles andere als restriktiv: Geld war noch nie so billig wie heute. Wir haben mit 2,5 Prozent derzeit den **niedrigsten Diskontsatz** der Nachkriegszeit, ja der über 100jährigen deutschen Zentralbankgeschichte überhaupt.

— Das **Geldmengenziel** der Deutschen Bundesbank für 1988 von drei bis sechs Prozent schafft genügend Spielraum für wirtschaftliches Wachstum in diesem Jahr.

— Gleichzeitig werden die **Steuern 1988 erneut gesenkt**, und zwar um 14 Mrd. DM. 1990 wird die Steuerlast noch einmal um 20 Mrd. DM verringert.

— In der **Haushaltspolitik** nimmt die Bundesregierung für dieses Jahr eine spürbar steigende Nettokreditaufnahme bewußt in Kauf, um die konjunkturelle Entwicklung aktiv und entschlossen zu stützen.

— **Investitionen** von Kommunen und Mittelstand werden durch zinsgünstige Darlehen zusätzlich unterstützt. Nach Auskunft der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist eine sehr rege Nachfrage nach diesen Krediten festzustellen.

4. Es geht aber nicht nur um die Stärkung der Konjunktur im Inland, sondern auch um die Bewältigung der internationalen Wirtschaftsprobleme, d. h. insbesondere um den Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern.

Hierzu hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten beiden Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet. Erkennbar wird dies, wenn man den drastischen Rückgang der Importpreise — bedingt vor allem durch Dollar-Abwertung und Ölpreisverfall — außer acht läßt und die reale — also für das Wirtschaftswachstum maßgebliche — Entwicklung des Außenhandels heranzieht. Hier zeigt sich, daß der Außenhandelsüberschuß, bewertet in Preisen von 1980, seit 1985 von gut 70 Mrd. DM auf rd. 44 Mrd. DM, also innerhalb von nur zwei Jahren um mehr als ein Drittel, zurückgegangen ist.

Diese rückläufige Tendenz gilt übrigens auch für den deutschen Überschuß im Außenhandel mit den USA. Er belief sich 1987 (Januar bis November, der Dezember-Wert liegt noch nicht vor) in nominaler Rechnung auf 22 Mrd. DM — nach immerhin knapp 26 Mrd. DM im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Real — also dem Volumen nach — ist er 1987 (ebenfalls Januar bis November) sogar auf unter 19 Mrd. DM zurückgegangen.

An diesen Zahlen läßt sich unschwer erkennen, daß die deutsche Wirtschaft ganz Erhebliches zur Verringerung der internationalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte leistet. Dieser Anpassungsprozeß hat unser

Wirtschaftswachstum 1986 und 1987 jeweils in einer Größenordnung von ungefähr einem vollen Prozentpunkt des Bruttosozialprodukts belastet. Anders ausgedrückt: Hätte diese außenwirtschaftliche Anpassung der deutschen Wirtschaft zugunsten unserer Handelspartner — nicht zuletzt der USA — nicht stattgefunden, hätte das deutsche Wirtschaftswachstum 1986 bei immerhin rd. 3½ Prozent und 1987 bei knapp drei Prozent gelegen.

5. Gerade weil die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere Industrienationen vom Austausch über Grenzen hinweg abhängig ist, hat für uns die Vollendung des **Europäischen Binnenmarktes** besonders große Bedeutung. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in die anderen Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Greifbare Schritte in Richtung auf den gemeinsamen Binnenmarkt sind auch deshalb ein zentrales Anliegen der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft im ersten Halbjahr 1988. Genauso wichtig ist es allerdings, daß sich die deutsche Wirtschaft selbst rechtzeitig und konsequent auf die veränderten Bedingungen dieses gemeinsamen Marktes für 320 Millionen Menschen einstellt. Auch hier gilt: Marktwirtschaft ist zwar auch, aber keineswegs allein eine staatliche Veranstaltung.

Über den Bereich der Europäischen Gemeinschaft hinaus sehe ich vor allem die Aufgabe, für den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen eine freiheitliche Ordnung zu sichern. Der Erfolg der laufenden GATT-Verhandlungsrunde hat deshalb für die Bundesregierung hohe Priorität.

Die Stabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hängt aber auch von Fortschritten bei der Bewältigung der internationalen Verschuldungsprobleme ab. Alle Beteiligten — Schuldner- wie Gläubigerländer, internationale Organisationen und Geschäftsbanken — sind hier gefordert, ihren substantiellen Beitrag zu leisten, und zwar so, daß Perspektiven für tatsächlich weiterführende Lösungen erkennbar werden.

6. Vor schwierigen Aufgaben stehen wir auch im eigenen Land. Ich denke in erster Linie an den tiefgreifenden Strukturwandel in wichtigen Branchen und Regionen, von dem viele Arbeitnehmer und ihre Familien betroffen sind und dessen Bewältigung zugleich entscheidend für die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Mit ihrem erheblich gestiegenen finanziellen Einsatz für **Kohle und Stahl**, aber etwa auch für die **Landwirtschaft** hat die Bundesregierung ihr Engagement für einen sozialverträglichen Strukturwandel klar unterstrichen.

Wichtig ist — wie der Jahreswirtschaftsbericht noch einmal hervorhebt —, daß im Strukturwandel neue Beschäftigungsmöglichkeiten an die Stelle nicht mehr wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze treten. Gerade in dieser Hinsicht ist — trotz erheblich verstärkter Mittel für die **Regionalpolitik** — vor allem in den

angestammten Montanregionen ein erheblicher Nachholbedarf entstanden. Ich habe deswegen Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen und das Land Nordrhein-Westfalen für den 24. Februar zu einer Montankonferenz nach Bonn eingeladen, um über Wege zur Überwindung der besonderen Schwierigkeiten an Rhein und Ruhr zu sprechen.

Damit die Chancen für neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verbessert werden — der Strukturwandel also weiter vorankommt —, gilt es vor allem, die Wachstumsbedingungen für das Jahr 1988 und darüber hinaus weiter zu verstärken.

Kernstück der Wachstumspolitik in dieser Legislaturperiode ist die für 1990 beschlossene Steuerreform. Im Anschluß an erhebliche Verbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung nach Amtsantritt dieser Bundesregierung wird damit die Steuerbelastung von 1986 bis 1990 netto um insgesamt 50 Mrd. DM gesenkt. Im Mittelpunkt steht dabei ein neuer leistungs- und mittelstandsfreundlicher Einkommensteuertarif mit einer umfassenden und sozial ausgewogenen Entlastung für alle Bürger — also ein Unternehmen, das den Namen Reform in der Tat verdient.

Gleichzeitig hält die Bundesregierung fest an einer soliden und verlässlichen Haushaltspolitik, denn sie ist die unerläßliche Voraussetzung für alle bisherigen und zukünftigen Steuersenkungen. Damit vereinbar bleibt eine vorübergehende Erhöhung der staatlichen Defizite in diesem Jahr, die durch die Steuerentlastungen und außenwirtschaftliche Anpassungsvorgänge entsteht. Ebenso klar ist allerdings, daß die damit in diesem Jahr entstehende Neuverschuldung 1989 wieder deutlich zurückgeführt werden muß.

Damit Leistungen von Unternehmen wie von Arbeitnehmern — auch mit Blick auf die internationalen Wettbewerbsbedingungen — bei uns angemessen honoriert werden, ist nicht nur die **Entlastung von Steuern** — auf mittlere Sicht vor allem im Unternehmensbereich — notwendig, sondern auch die Begrenzung der **Lohnnebenkosten**. Ganz oben auf der Tagesordnung stehen deshalb die **Strukturreform des Gesundheitswesens** wie auch der **gesetzlichen Rentenversicherung**.

Besondere Verantwortung für Arbeitsplätze und Beschäftigung tragen die Tarifvertragsparteien mit ihren Entscheidungen über Löhne und Arbeitszeit. Der Jahreswirtschaftsbericht stellt fest, daß von stärker an der Produktivitätsstruktur und an den Markterfordernissen ausgerichteten Lohnunterschieden ein spürbarer Beitrag zur Verbesserung der gesamten Beschäftigungslage erwartet werden kann. Deshalb ist eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Qualifikation, Sektoren und Regionen notwendig. Insbesondere in den Bereichen, die sich in tiefgreifenden strukturellen Anpassungsprozessen befinden, wäre es hilfreich, wenn deren schwierige Lage bei der Lohnfindung mehr berücksichtigt würde. Der Abbau

der Arbeitslosigkeit bleibt eine der großen Herausforderungen für die politisch Verantwortlichen und insbesondere für die Tarifpartner.

Als Investition in die Zukunft erweist sich immer mehr die **berufliche Qualifikation**, und zwar für Unternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen. Von daher erhält die tarifvertragliche Verbindung kürzerer und flexiblerer Arbeitszeiten mit der beruflichen Weiterbildung zunehmend Bedeutung. Gleichzeitig setzt die Bundesanstalt für Arbeit ihre Qualifizierungsoffensive mit hohem finanziellen Einsatz fort, wobei der Qualität der beruflichen Weiterbildung verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Dynamisches Wachstum werden wir auch künftig nur über konsequente Öffnung der Märkte, auch und gerade in innovativen Dienstleistungsbereichen sichern können. Deshalb hält die Bundesregierung fest an ihrer Politik der **Privatisierung, Entbürokratisierung und Deregulierung**. Konkrete Handlungsfelder sind etwa die Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens, die Einführung eines Dienstleistungsabends sowie die Frage einer Novellierung des Kartellgesetzes. Entsprechende Beschlüsse wird die Bundesregierung im 1. Halbjahr 1988 fassen.

7. Ausgehend von der dargestellten Wirtschaftspolitik, der Wirtschaftslage zu Beginn dieses Jahres sowie der Einschätzung der internationalen Rahmenbedingungen begründet die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht ihre Auffassung, daß sich das wirtschaftliche Wachstum auch 1988 weiter fortsetzen wird:

Sie hält ein reales Wirtschaftswachstum von 1½ bis 2 Prozent für erreichbar, wobei die Inlandsnachfrage — vor allem der private Verbrauch — weiterhin die Hauptstütze der Konjunktur bleibt. Gleichzeitig kann der Preisanstieg voraussichtlich auf ein Prozent begrenzt werden. Die Zunahme der Beschäftigung wird sich — wenn auch angesichts anhaltender außenwirtschaftlicher Belastungen mit verlangsamtem Tempo — weiter fortsetzen. Diese Erwartungen der Bundesregierung bewegen sich im Rahmen der jüngsten Einschätzungen von Forschungsinstituten, Sachverständigenrat und internationalen Organisationen, deren Wachstumsprognosen zwischen ein und zwei Prozent liegen.

8. Die Wirtschaftspolitik steht 1988 — national und international — zweifellos vor besonderen Schwierigkeiten. Diese können gemeistert werden, wenn vor allem zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt werden: zum einen die Fortsetzung der engen internationalen Zusammenarbeit von Regierungen und Notenbanken, wozu Bundesbank und Bundesregierung fest entschlossen sind.

Zum anderen ein klares Ja aller Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik zur Wahrnehmung der eigenen Aufgaben. Risiken und Unsicherheiten sind in den letzten Wochen hinreichend beschrieben worden. Niemand will sie leugnen oder wegdreden. Doch dabei können wir nicht stehenbleiben.

Die Wirtschaftsdaten zur Jahreswende 1987/1988 signalisieren, daß es in diesem Jahr durchaus auch Chancen für Wachstum und Beschäftigung gibt. Sie gilt es jetzt zu nutzen, und zwar jeder — Unternehmen und Gewerkschaften ebenso wie die Politik — in seiner Verantwortung.

Wir werden die Politik der **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft** konsequent fortsetzen und die Rahmenbedingungen für mehr — vor allem qualitatives — Wachstum und für mehr Beschäftigung verbessern. Dabei müssen die demographischen Veränderungen stärker beachtet werden, da sie sich in den nächsten Jahren auf alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ebenso setzen wir alles daran, die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin als attraktiven Industriestandort zu erhalten. Im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme sollen Unternehmen hierzulande mithalten können und auch in Zukunft günstige Investitionsbedingungen vorfinden, von denen schließlich die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze abhängen.

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Auf dem richtigen Kurs

1. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

Das abgelaufene Jahr bedeutete einen harten Test für die konjunkturellen Antriebskräfte. Der Kursverfall des US-Dollars und die Turbulenzen an den Finanzmärkten haben erhebliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich gebracht. Wenn man dies in Rechnung stellt, dann sind die erreichten Ergebnisse beachtlich:

— **1987** hat sich das **Wachstum** der Wirtschaft **fortgesetzt**. Das Bruttosozialprodukt nahm im Jahresdurchschnitt real um 1,7 Prozent zu.

— Das **Preisniveau** blieb **stabil**. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Jahresdurchschnitt nur um 0,2 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Unbefriedigend war die Situation auf dem Arbeitsmarkt; allerdings konnten in einigen Bereichen wichtige Fortschritte erzielt werden:

— Die **Zahl der Erwerbstätigen nahm um 155.000 zu**. Damit haben im Vergleich zum Tiefpunkt vom Herbst 1983 rund 700.000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden;

— auf dem **Lehrstellenmarkt** gab es zum ersten Mal seit 1981 **wieder mehr unbesetzte Stellen als Bewerber**;

— und die **Jugendarbeitslosigkeit** konnte **erneut reduziert** werden.

Der Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, daß wichtige **Weichen** für eine Festigung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung **gestellt** wurden:

— **Durch die Steuerreform werden Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven auf Dauer verbessert**, indem das Steuersystem gerechter und leistungsfreundlicher gestaltet und die Dynamik der Wirtschaft entscheidend gestärkt wird. Die Steuerreform regt die inländische Nachfrage an. Damit fördert sie die notwendige Verlagerung der Wachstumsimpulse von der Außenwirtschaft zur Binnennachfrage und unterstützt den Abbau der internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte. **Die Bundesrepublik Deutschland entspricht so auch ihrer weltwirtschaftlichen Verantwortung.**

— Im Dezember 1987 hat die Bundesregierung **zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums** beschlossen. Demzufolge wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verstärkung und Verstetigung der Investitionen für drei Jahre ergänzende Möglichkeiten für zinsgünstige Investitionsdarlehen in Höhe von 21 Mrd. DM schaffen.

— Die Deutsche Bundesbank hat ihrerseits im Rahmen einer **konzertierten Zinssenkungsaktion** europäischer Notenbanken den Diskontsatz auf 2,5 Prozent und damit auf einen historischen Tiefstand gesenkt.

2. Jahresprojektion 1988

Bei verantwortungsbewußtem Verhalten aller rechnet die Bundesregierung 1988

— mit einer **Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses**, so daß das reale Bruttosozialprodukt sein Vorjahresniveau um 1,5 bis 2 Prozent übertreffen wird;

— mit einem hohen Maß an **Preisstabilität**, wobei die Verbraucherpreise ihr Vorjahresniveau um nicht mehr als 1 Prozent überschreiten;

— und mit einem **Beitrag zum Abbau der internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte** durch eine erneute Rückführung des realen Außenbeitrags um 0,5 bis 1 Prozent des Bruttosozialprodukts, das sind mindestens 10 Mrd. DM.

Die Bundesregierung erwartet auch weitere Fortschritte bei der Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten, d. h. eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um bis zu 0,5 Prozent bzw. um ca. 60.000. Das für dieses Jahr erreichbar erscheinende Wirtschaftswachstum dürfte aber nicht ausreichen,

kurzfristig größere Fortschritte beim Schließen der Lücke zwischen Beschäftigungswünschen und Beschäftigungsmöglichkeiten zu erzielen. Es muß damit gerechnet werden, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1988 leicht höher ausfällt als im Vorjahr und sich auf 2,25 Millionen belaufen könnte. Dies entspräche einer Arbeitslosenquote von rund 8 Prozent aller Erwerbspersonen bzw. rund 9 Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen.

Die Jahresprojektion geht von einem **realen Anstieg der Anlageinvestitionen um 1 bis 2 Prozent** aus. Dabei könnten die Ausrüstungsinvestitionen real um 2 bis 3 Prozent und die Bauinvestitionen um 0,5 bis 1,5 Prozent wachsen.

Für ein günstiges Investitionsklima sprechen u. a. auch die Ertragslage und die Kostensituation der Unternehmen. Die zuletzt wieder deutlich gesunkenen Zinsen erleichtern die Investitionsfinanzierung. Die niedrigere Rendite für Finanzanlagen könnte die Neigung zu Investitionen in Sachanlagen weiter verstärken.

Der stärkste Beitrag zum Wirtschaftswachstum dürfte auch 1988 von der auf 2,5 bis 3 Prozent geschätzten **Zunahme des Privaten Verbrauchs** ausgehen. Ein deutlicher **Anstieg der verfügbaren Einkommen** der privaten Haushalte um 3,5 bis 4,5 Prozent, der alleine durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Steuersenkung um rund 1 Prozentpunkt beschleunigt wird, ist dafür eine gewichtige Grundlage.

3. Mit der Sozialen Marktwirtschaft neue Herausforderungen meistern

Situationsgerechte Tarifpolitik

Die vorgenannten Eckwerte erfordern **situationsgerechte einkommenspolitische Entscheidungen** der autonom handelnden Tarifvertragsparteien. Der derzeitigen Situation angemessen wären nach der Jahresprojektion Entscheidungen, die einerseits die Inlandsnachfrage insgesamt stützen, andererseits aber die Kosten- bzw. Gewinn-Erlös-Relation in der Wirtschaft möglichst nicht verschlechtern. Diesen Anforderungen würden die Tarifvertragsparteien dann Rechnung tragen, wenn sie sich **bei ihren einkommenspolitischen Entscheidungen primär am zu erwartenden Produktivitätswachstum orientieren**. Hiermit wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine möglichst große Stabilität der Lohnstückkosten erfüllt. Im übrigen sollte der Verteilungsspielraum vor allem für Einkommensverbesserungen genutzt werden.

Generell ist auch zu beachten, daß eine **stärkere Differenzierung der Lohnabschlüsse nach Qualifikation, Branchen und Regionen** zur Verbesserung der Beschäftigungslage beiträgt.

Kontinuität in der Haushaltspolitik

Die Bundesregierung wird ihre mittelfristig angelegte **Politik einer Stärkung der Marktkräfte** beharrlich fortsetzen. Kernstück der Wachstumspolitik in dieser Legislaturperiode ist — wie schon erwähnt — die Steuerreform, wobei Steuersenkungen von einer tendenziellen Rückführung der Staatsquote, d. h. von **sparsamer Ausgabenpolitik**, begleitet werden muß. Mit einer solchen längerfristig angelegten Strategie bleiben 1988 vorübergehende Erhöhungen der staatlichen Defizite vereinbar, die durch Steuerentlastungen und außenwirtschaftliche Anpassungsvorgänge entstehen. Angesichts des hohen Maßes an Ausgabendisziplin beim Bund ist die heutige Haushaltssituation mit der von Anfang der 80er Jahre nicht vergleichbar. Die Zinsen sind niedrig und private Investitionen werden nicht beeinträchtigt.

Bürgernahe Deregulierung und Entbürokratisierung — Fortsetzung der Privatisierung

Eine solchermaßen berechenbare und offensive Haushaltspolitik bedarf der Unterstützung durch eine **Politik der Entbürokratisierung, Deregulierung und Privatisierung**.

So wird die Bundesregierung noch im ersten Halbjahr 1988 einen Gesetzentwurf sowie ergänzende Maßnahmen zur **Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens** verabschieden. Dabei verfolgt sie — unter Wahrung der staatlichen Verantwortung für eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur — das Ziel, administrative Regelungen und Marktzugangsbeschränkungen weiter abzubauen sowie die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen, innovativen Wettbewerb auf möglichst vielen Kommunikationsmärkten zu verbessern.

Eine vom Bundesminister für Wirtschaft eingerichtete Arbeitsgruppe prüft derzeit, ob die Konzentrationsentwicklung in bestimmten Bereichen des Handels — namentlich im Lebensmittelhandel — Änderungen des Kartellrechts erfordert. Die Prüfung umfaßt zudem die kartellrechtlichen Ausnahmereiche, insbesondere Verkehr, Banken, Versicherungen und leitungsgebundene Energieversorgung.

Ebenfalls noch im ersten Halbjahr 1988 wird die Bundesregierung zur **Einführung eines Dienstleistungsabends** den Entwurf einer Änderung des Ladenschlußgesetzes vorlegen. Dem Handel und dem Dienstleistungsgewerbe, die um die Kaufkraft der Verbraucher mit anderen Bereichen im Wettbewerb stehen, eröffnet die angestrebte flexiblere Gestaltung der Öffnungszeiten zusätzliche Chancen.

Die Bundesregierung wird obendrein ihre Politik der **Privatisierung öffentlicher Beteiligungen** konsequent fortführen. Für das Jahr 1988 ist

vorgesehen, daß der Bund seine Beteiligungen an der Volkswagen AG und an der VIAG veräußert. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung privater Kapitalgeber an der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank sowie für eine Umwandlung und Privatisierung der Deutschen Pfandbriefanstalt sollen geschaffen werden. Ziel ist es, noch 1988 die Teilprivatisierung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank zu ermöglichen.

Die Deutsche Bundesbahn wird den Gesellschafterkreis der Deutschen Verkehrskreditbank AG durch Verkauf von 24,9 Prozent des Kapitals erweitern.

Strukturverbessernde Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik wurde in den vergangenen Jahren als wichtiger ergänzender Bestandteil der Wachstums- und Beschäftigungspolitik von der Bundesregierung erweitert. Neben den **Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung** leisten insbesondere die **Umschulung** sowie die **Arbeitsbeschaffung (ABM)** einen bedeutenden Beitrag zur Flankierung struktureller Anpassungsprozesse. Sowohl die **Qualifizierungsoffensive** als auch die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird 1988 auf hohem Niveau fortgesetzt.

Strukturwandel als Chance

Eine Politik zur **Bewältigung des Strukturwandels** ist wesentlicher Bestandteil der mittelfristigen Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Anpassungsprozesse zu verschleppen, nutzt weder den betroffenen Regionen noch der Mehrzahl der Beschäftigten. Erhaltung unwirtschaftlicher Produktion kann Arbeitsplätze nachhaltig nicht sichern, sondern belastet die Entwicklungsmöglichkeiten in marktstarken Bereichen, die über hohe Abgaben die Strukturhaltung mitfinanzieren. Sie behindert so die Schaffung langfristig rentabler Arbeitsplätze in neuen Bereichen der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes.

Angesichts tiefgreifender sozialer und regionaler Auswirkungen von schwerwiegenden Strukturveränderungen in ganzen Produktionszweigen wie bei Stahl und Schiffbau kann aber auch eine marktwirtschaftlich orientierte sektorale Strukturpolitik nicht auf **vorübergehende staatliche Flankierungen** verzichten. Derartige staatliche Hilfen sollen grundsätzlich von vornherein zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet werden. Sie sollen neben der Förderung von Ersatzarbeitsplätzen durch die Stärkung des regionalen Wirtschaftspotentials die strukturelle Anpassung sozial abfedern und zeitlich strecken, um bruchartige Entwicklungen zu vermeiden. Unumgängliche Strukturanpassungen dürfen allerdings nicht unnötig hinausgezögert werden, da sonst später um so gravierendere Verwerfungen auftreten.

Neue Perspektiven durch den europäischen Binnenmarkt

Die für 1992 geplante Vollendung des **europäischen Binnenmarktes** eröffnet neue Möglichkeiten für einen intensiven Austausch von Waren und Dienstleistungen, fördert die Dynamik der Gesamtwirtschaft, verstärkt über größeren Wettbewerb Arbeitsteilung und Spezialisierung und schafft zusätzliche Investitions- und Innovationsanreize. Ein großer einheitlicher Markt führt zu besserer Nutzung der Ressourcen, niedrigeren Preisen für die Verbraucher, höheren Realeinkommen und zu einem größeren und vielfältigeren Waren- und Dienstleistungsangebot. Die Chancen für mehr Beschäftigung werden dadurch verbessert.

Die Bundesregierung wird die Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes zu einem Schwerpunkt ihrer EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 machen.

Fortentwicklung einer freiheitlichen Welthandelsordnung

Die **Sicherung und Fortentwicklung einer freiheitlichen Welthandelsordnung** hat für die Bundesregierung hohe Priorität. Sie ist besorgt über wachsenden Bilateralismus und handelsverzerrende staatliche Interventionen. Sie wird in der EG und auf internationaler Ebene (insbesondere auf dem Wirtschaftsgipfel in Kanada, im Rahmen von OECD, IWF, GATT und UNCTAD) sowie in bilateralen Gesprächen alles tun, damit die Prinzipien der Multilateralität, der Nicht-Diskriminierung und der unbedingten Meistbegünstigung die Säulen der Welthandelsordnung bleiben.